

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Frankfurter Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Hlba, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankfurt und der Gemeinde Niederwiesla beiderseits bestimmte Blatt.
Verlag: C. G. Rohberg (Inh. Ernst Rohberg jun.) in Frankfurt. Verantwortlich für die Redaktion: Nazi Plegert in Frankfurt.

Abgabepreis: Der Grundpreis für die 12 monatliche Ausgabe beträgt 1,00 RM, für die 6 monatliche Ausgabe 0,50 RM. Der Anzeigerpreis für die 12 monatliche Ausgabe beträgt 1,00 RM, für die 6 monatliche Ausgabe 0,50 RM. Der Anzeigerpreis für die 12 monatliche Ausgabe beträgt 1,00 RM, für die 6 monatliche Ausgabe 0,50 RM.

Das Frankfurter Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Hlba, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankfurt und der Gemeinde Niederwiesla beiderseits bestimmte Blatt.
Verlag: C. G. Rohberg (Inh. Ernst Rohberg jun.) in Frankfurt. Verantwortlich für die Redaktion: Nazi Plegert in Frankfurt.

Nr. 142

Dienstag den 21. Juni 1927 nachmittags

86. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Zur Feier des 80-jährigen Geburtstages des Reichspräsidenten ist eine Hindenburgspende ins Leben gerufen worden.
Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichstangler Marx zum Vortrag über die politische Lage.
Das Reichskabinett hat den Bericht der Genfer Delegation in seiner gestrigen Sitzung entgegengenommen.
Baron Gevers, der holländische Gesandte in Berlin, ist gestern abend nach 21-jähriger Tätigkeit von Berlin geschieden. Sein Nachfolger, Graf Amberg-Strum, ist bereits heute früh eingetroffen.
Sir Ernest Wilton hat sein Amt als Präsident der Saartregierung angetreten.
Der griechische Außenminister ist zu Besprechungen mit Poincaré in Paris eingetroffen.
Durch ein Dekret des polnischen Staatspräsidenten ist heute der schlesische Sejm geschlossen worden, obwohl die gesetzliche Tagung noch nicht abgelaufen war.
Die italienische Regierung hat die Vertreibung der albanischen Interessen in Süditalien übernommen.
Die französisch-russische Schuldent Konferenz ist bis auf weiteres vertagt worden.
Die Krebs hat eine Londoner Firma beauftragt, ihr in der City gelegenes Gebäude samt Einrichtung zu verkaufen.
An der Wiener Universität ist der Lehrbetrieb wieder aufgenommen worden.
In England wird ein Flug nach Amerika und zurück geplant.
Aussenminister Tschitscherin ist in den Haag eingetroffen, von wo aus er nach Moskau weiterfahren wird.

Das Kabinett für die Fortsetzung der Locarnopolitik

Dr. Stresemann wird Poincaré antworten.
(Von unserem Berliner Vertreter.)
Berlin, 21. Juni.
Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag nachmittag in einer ausgedehnten Sitzung mit der außenpolitischen Lage, in deren Mittelpunkt ein umfangreiches Referat des Reichsaussenministers Dr. Stresemann über die jüngste Tagung des Völkerbundes und seine Besprechungen hauptsächlich mit Briand und Chamberlain standen. Wie man in unterrichteten Kreisen verläuft, steht sich in dieser Sitzung, ob des mäßigen „Ergebnisses“ der Völkerbundstagung Dr. Stresemann ganz entschieden für die Fortsetzung der Locarnopolitik ein. Man hatte zunächst erwogen, ein ähnliches Kommuniqué zu veröffentlichen, in dem ausdrücklich die Feststellung gemacht werden sollte, daß die Reichsregierung die Verbeibehaltung der Locarnopolitik auch weiterhin als eine Notwendigkeit betrachte auf den Wunsch der Deutschen nationalen Kabinettstimmgeber hat man jedoch davon abgesehen. Für die Deutschnationalen Minister und für das Gesamtkabinett überhaupt war hierfür ausschlaggebend, daß Briand und Chamberlain Dr. Stresemann gegenüber ausdrücklich betont hatten, an den Richtlinien der Locarnopolitik festhalten zu wollen. Die außenpolitische Situation ist nun aber durch die Sonntagstunde des französischen Ministerpräsidenten Poincaré zweifellos erschwert worden, vor allem aus dem Grunde, weil er in das Ressort eines Außenministers eingeschritten und aus eigener Machtvollkommenheit alte Gegenstände wieder aufgerührt hat. In den Berliner Regierungskreisen verläuft sich aber immer mehr der Eindruck, daß der französische Außenminister in seinem Handeln nicht mehr frei ist. Berücksichtigt man die referierte Stellung des Pariser Kabinetts in der Frage der Verlängerung der Rheinlandbesetzung, so liegt es fast der Hand, daß Poincaré in Gemeinschaft mit der französischen Seereschiffahrt die Locarnopolitik Briands zu sabotieren versucht.
Wie wir hören, wird der Reichsaussenminister in seiner Rede vor dem Plenum des Reichstages, die noch in dieser Woche stattfinden wird, die heftigsten Darlegungen Poincarés ganz entschieden zurückweisen. Wenn der französische Ministerpräsident zum Beispiel behauptet, daß die deutsche Polizei nicht umorganisiert, die militärischen

Verbände nicht aufgelöst, die Arsenale und Kasernen nicht privaten Händen übergeben und schließlich die Ostbesetzungen nicht niedergelegt sein sollen, so erfordern diese unwahren Behauptungen eine ganz entschiedene Zurückweisung. In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichsregierung außerdem durch die deutsche Botschaft in Paris am Quai d'Orsay schärfste Verwahrung gegen die verkehrswidrigen Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten einlegen wird, um so mehr, als gerade in den führenden deutschnationalen Kreisen unterstrichen wird, die Rede Poincarés bedeute eine unerhörte Erschwerung für die Fortführung der Locarnopolitik.
Was die Haltung des Reichsaussenministers zu den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten betrifft, so soll er der Auffassung sein, daß Poincaré der nationalitätstypischen französischen Kreise wegen nicht umhin konnte, wieder einmal eine scharfe Rede gegen Deutschland zu halten. Man könne somit die Ausführungen des Leiters des französischen Kabinetts durchaus nicht tragisch nehmen. Rückschlüsse aus der Rede Poincarés auf die ergebnislosen Genfer Besprechungen ziehen zu wollen, wäre gleichfalls durchaus verfehlt. Man müsse sich in Deutschland von dem Gedanken freimachen, daß auf Ministerbesprechungen in Genf stets nur etwas Günstiges für Deutschland herausspränge.

Die vertagte Finanzreform

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 21. Juni.
Die Besprechungen der parlamentarischen Kreise, daß der Reichstag noch vor den Sommerferien die vier großen Steuerreformgesetze des Reichsaussenministers nicht mehr verabschieden dürfte, scheint sich jetzt zu bestätigen. In den letzten Besprechungen des Reichsaussenministers mit den Vertretern der Regierungsparteien kamen ganz unerwartet die Schwierigkeiten zum Ausdruck, die einer Verabschiedung des Mantelgesetzes noch im Wege stehen. Man erklärt jedoch, daß die Behauptungen, der Widerstand Bagerns sei für die Verzögerung allein ausschlaggebend, nicht den Tatsachen entsprechen. Schon auf der letzten Finanzministerkonferenz habe sich ergeben, daß verschiedene Länder Forderungen so großen Ausmaßes gestellt hätten, denen das Kabinett nicht so ohne weiteres nachkommen könne. Infolgedessen müßten, bevor der Reichsaussenminister dem Reichstag die Steuerreformgesetze zugehen läßt, zunächst eingehende Besprechungen mit den Ländern stattfinden. Wie wir hören, erwägt Dr. Köhler zu gegebener Zeit die Finanzminister der Länder wieder nach Berlin zu berufen. Derartige Besprechungen sind schon aus dem Grunde notwendig, weil die Neuordnung der Beamtenbesoldung eine Mehrbelastung von mehreren hundert Millionen Mark ausmacht.
Unklar ist man sich nun darüber, wie die gesetzliche Verpflichtung bis zum 1. Oktober ein Reichsrahmengesetz für Neubesessenen vorzulegen, eingehalten werden kann, wenn das Provisorium für den Finanzausgleich scharf bekanntlich die Vorlegung eines derartigen Reichsrahmengesetzes bis zu diesem Termin vor. Im Reichsaussenministerium glaubt man jedoch, diesen Termin unter allen Umständen einhalten zu können.

Zu Hindenburgs 80. Geburtstag

Berlin, 20. 6. Amtlich wird mitgeteilt: In einer seiner letzten Sitzungen hat sich das Reichskabinett auch mit der Feier des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten v. Hindenburg am 2. Oktober d. J. beschäftigt. Es ging dabei von der Auffassung aus, daß das deutsche Volk es sich nicht nehmen lassen wird, dem Reichspräsidenten anlässlich seines Ehrentages erneut seine Anhänglichkeit und Verehrung zu bezeugen. Andererseits ist die Reichsregierung aber überzeugt, im Sinne des Herrn Reichspräsidenten zu handeln, wenn sie von kostspieligen allgemeinen Feiern aus diesem Anlaß Abstand nimmt und der Geburtstagsfeier eine Form gibt, die den Ernst der Zeit und der Not unseres Volkes Rechnung trägt. Um jedem Deutschen dahin und brauchen die Möglichkeit zu geben, seiner dankbaren Verehrung für die Person des Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, haben die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder beschlossen, eine

„Hindenburg-Spende“

zu veranstalten, die dem Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstag übergeben werden soll. Sie

glauben dem Wunsch des Herrn Reichspräsidenten entgegenzukommen, wenn sie ihm vorschlagen werden, die ausgenommenen Mittel in erster Linie dem Personalfonds zugute kommen zu lassen, der ihm besonders nahestehe, nämlich den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Neben den Sammlungen von Spenden, die in Verbindung mit der großen Spitzenorganisation des Wirtschaftslebens durchgeführt werden soll, ist die Ausgabe einer

Hindenburg-Griefkarte

in Aussicht genommen. Sie soll weiteren Kreisen die Möglichkeit der Beteiligung an dem Geburtstagsfest für den Reichspräsidenten geben. Ihr Erfolg ist vorzugsweise für schwer notleidende Mittelstandsangehörige, Sozialrentner usw., bestimmt. Nähere Mitteilungen, vor allem auch über die Annahmestellen von Spenden, werden erfolgen, sobald die in Gang befindlichen Besprechungen abgeschlossen sind. Ergänzend wird mitgeteilt: Die Aufsicht der „Hindenburg-Spende“ lautet: Hindenburg-Spende Berlin NW. 40, Schornhorststraße 35 (Fernsprecher Amt Norden 2831 ff.).

Kritischer Stand der Pariser Wirtschaftsverhandlungen

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 21. Juni.
Da am 30. Juni das deutsch-französische Handelsprotokoll abläuft und andererseits die neue französische Zolltarif-Novelle bis zu diesem Zeitpunkt von der Kammer nicht zur Verabschiedung gelangt ist, hat, wie an maßgebender Stelle jetzt bestätigt wird, der französische Handelsminister Dolanowski in seiner jüngsten Besprechung mit dem Führer der deutschen Handelsvertragsdelegation, Ministerialdirektor Dr. Poste die Verlängerung des Protokolls angedeutet. Eine Antwort konnte Dr. Poste naturgemäß nicht geben, sondern er hat das Ergehen der französischen Regierung dem Berliner Kabinett telegraphisch unterbreitet.

Reichsarbeitertagung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 20. Juni. Die Deutsche Volkspartei hielt heute eine aus dem ganzen Reich gut besuchte Reichsarbeitertagung ab. Der Vorsitzende des Reichsarbeiterausschusses der Deutschen Volkspartei, Reichs-tagungsabgeordneter Winnefeld, wandte sich gegen die Behauptungen des Bismarcks, die Arbeitnehmer hätten in der Deutschen Volkspartei nichts zu sagen. Das Gegenteil sei der Fall, da die Deutsche Volkspartei fern aller Befürchtungen eine ehrliebe Volksgemeinschaft anstrebe. Reichsminister a. D. v. Raumer bezeichnete die Deutsche Volkspartei als die Partei des wirtschaftlichen Bewusstseins. Der Arbeitnehmer dürfe niemals verfallen, daß die Unternehmerrchaft in den letzten Jahren viel für die Schaffung von Arbeit getan habe. Auch der Arbeiter, der die geringste Arbeit leiste, müsse zur Bewahrung seiner Arbeitstüchtigkeit daran denken, daß er für die Allgemeinheit schaffe. Gewerkschaftlicher Streiter hob hervor, daß die Deutsche Volkspartei der sozialpolitischen Entwicklung stets großes Interesse entgegengebracht habe. Sie habe sich nicht wie die Sozialdemokratische Partei nur mit agitatorischen Reden begnügt. Nach einem Schlußwort des Staatssekretärs a. D. Kempler als Vertreter der Reichsparteileitung wurde die Tagung mit einer Entschließung geschlossen, in der die volksparteilichen Arbeitnehmer den parlamentarischen Fraktionen für die auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet geleistete Arbeit volle Anerkennung gaben.

Rundgebung des Gewerkschaftsbundes

(Eigener Informationsdienst.)
Gladbeck, 20. Juni. Der Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete eine Rundgebung, auf der Reichs-tagungsabgeordneter Imbusch über Deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik und die christlich-nationale Arbeiterbewegung sprach. Er forderte gemeinsame Arbeit der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete, den Abschluß aller Handelsverträge, die Befestigung der Zollschranken und eine internationale Regelung der Arbeitsverhältnisse. Auf dem Gebiete der Sozialfürsorge behandelte Imbusch die Arbeit der Nachkriegszeit in der Arbeitslosenversicherung und die Schaffung des Anwartschaftsrechts und den Ausbau des Schlichtungswesens. Er forderte vor allen Dingen, daß die Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslohn unbedingt durchgeführt werde. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der auf die folgende Notlage der Arbeiterbewegung hingewiesen

wird. Die christliche Arbeiterbewegung sei gewillt, zu den Kassen des verlorenen Krieges zu einem angemessenen Teile beizutragen. Es müsse aber die Abschaffung des unglücklichen Zustandes gefordert werden, daß die Arbeiterbewegung als der wirtschaftlich schwächere Teil den größten Teil der Lasten trage. Lange Arbeitszeit und billige Löhne seien ein falsches Mittel, die Wirtschaft zu fördern. Die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes müsse in erster Linie durch Erhöhung der Löhne gefördert werden.

Die Seeabstimmungskonferenz

Der Eindruck in Washington.
London, 21. 6. (Funknachricht.) Die Blätter veröffentlichen spaltenlange Berichte über den Beginn der Seeabstimmungskonferenz, enthalten sich aber durchweg der Stellungnahme zu den programmatischen Erklärungen der Delegationen.
Die „Times“ berichten aus Washington, daß die erste Sitzung der Konferenz dort einen guten Eindruck gemacht hat. Der Wunsch der Vereinigten Staaten, nach einem Dreimächte-Abkommen zur Sicherung des Friedens der Welt, könne nicht bezweifelt werden. Die amerikanische Regierung sei bereit, hierfür einen hohen Preis zu zahlen. Von maßgebender amerikanischer Seite werde betont, daß die Vereinigten Staaten nicht gewillt seien, die Frage der großen Schiffe zu Genf anzuschneiden, es sei denn, daß England und Japan die im Washingtoner Vertrag niedergelegte Begrenzung für die Schiffe der größten Klasse und die Flugzeugmutterchiffe zu diskutieren bereit seien. In amerikanischen Kreisen erwarte man, daß Großbritannien einen Vorschlag für die Quotenänderung für Großkampfschiffe machen werde.

Das Reichskabinett gegen Trodenlegung

Auch gegen das Gemeindebestimmungsrecht.
Berlin, 20. 6. Präsident Lübbe eröffnet die heutige Reichstagsitzung um 15 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die zweite Beratung der Vergleichsordnung. Danach kann ein Schuldner, der zahlungsunfähig geworden ist, zur Abwendung des Konkurses die Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragen. Die umfangreiche Vorlage, die 83 Paragraphen umfaßt, wird unter dem lebhaften Beifall des Hauses ohne jede Aussprache in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen.
Es folgt die erste Lesung des Schankstättengesetzes.
Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius leitete die Beratungen ein. Die Erkenntnis, daß die bisherige Regelung des Schankstättengewebes nicht ausreichend ist, sei allgemein. Der Alkoholmißbrauch zerstöre nicht nur die Gesundheit des einzelnen, sondern auch die Volksgesundheit. Der Staat könne daher nicht an der Notwendigkeit vorbeigehen, nicht nur eingetretene Schäden zu heilen, sondern auch vorzubeugen. Andererseits wäre es verfehlt, die Grenzen der staatlichen Zwangsgewalt zu weit zu ziehen. Der vorliegende Gesetzesentwurf wolle die vorhandene Lücke ausfüllen.
Eine Trodenlegung Deutschlands lehne die Reichsregierung ab.

Im Einvernehmen mit den Beschlüssen des Reichstages lehne die Reichsregierung auch das Gemeindebestimmungsrecht ab. Dagegen sei ein Ausbau und eine Verbesserung des Schankstättengewebes dringend erforderlich, wenn auch nach der Gewerbe- und Betriebszählung die Gesamtzahl der Schankwirtschaften seit 1907 von 270 000 auf 256 000 zurückgegangen sei.
Abg. Frau Schulz-Weitzel (Foz.) erklärt, die Forderungen der Gegner des Alkoholmißbrauches seien in der Vorlage in keiner Weise verwirklicht. In der Frage des Jugendstättengesetzes gehe die Regierung über das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung hinweg.
Abg. Frau Philipp-Waden (Foz.) weist darauf hin, daß die Frau am meisten unter den Folgen des Alkoholmißbrauches zu leiden habe. Auch im Interesse des anständigen Wirtegewerbes müsse eine strenge Prüfung des Bedürfnisses durchgeführt werden. Die unentgeltliche Abgabe von Alkohol an Jugendlichen müsse verboten werden.
Abg. Wollath (W. Bgg.) erklärt, die Vorlage sei für seine Freunde unannehmbar. Die Freunde der Trodenlegung und des Gemeinde-

